

## **Der Weg zum christlich-jüdischen Dialog nach 1945**

Mittwoch, 11. April 2018 // 20.00 Uhr St. Nikolai-Saal

Wie verhielt sich die Evangelische Kirche angesichts der Shoa nach 1945 gegenüber dem Judentum? Die Mehrheit der Kirche hatte vor 1945 einen Antisemitismus propagiert und vielfach die nationalsozialistische Judenverfolgung unterstützt. Der Vortrag rekonstruiert den langen Weg zum Bewusstsein eigener Schuld und zur Offenheit gegenüber dem Judentum in der Hamburgischen Landeskirche.

**Dialog benötigt zwei Seiten und den Willen, also das Interesse zur Verständigung.**

**Akteure Jüdische Gemeinde, Jerusalemgemeinde und Notgemeinschaft.**

**Dialogforen: Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Evangelische Akademie**

**Akteur Hamburgische ev.-luth. Landeskirche**

### **Jüdische Gemeinden**

Zu Ende des Zweiten Weltkriegs gab es nur wenige Juden in Hamburg und Schleswig-Holstein, zumeist aus sogenannten privilegierten Mischehen, die nicht deportiert worden waren.<sup>1</sup> Da viele Todesmärsche aus den Konzentrationslagern in Schleswig-Holstein geendet waren, gab es hier einige tausend Überlebende des Völkermords. Die meisten wurden von der britischen Besatzungsmacht als „Displaced Persons“ eingestuft und empfanden sich auch

so: sie wollten nicht in Deutschland bleiben. Dennoch gab es in Hamburg und Lübeck bereits frühzeitig Neugründungen von jüdischen Gemeinden.

Zahlenmäßig organisierten diese Gemeinden klar den kleineren Teil der jüdischen Überlebenden. So lebten in Schleswig-Holstein im Sommer 1946 714 DPs, die meisten von ihnen in Neustadt und Lübeck. Insgesamt 250 Juden ohne den DP-Status wurden zur selben Zeit gezählt.<sup>2</sup>

In Lübeck wurde am 1. Juni 1945 in der Synagoge der erste Gottesdienst gefeiert, die offizielle Neugründung erfolgte kurz darauf, am 18. Juni.<sup>3</sup>

Die Initiative hierzu ging wesentlich auf den aus Berlin stammenden Norbert Wollheim zurück. Er war nach dem Pogrom 1938 an der Organisation der Kindertransporte nach Großbritannien beteiligt. Wollheim hatte Auschwitz überlebt und war über einen Todesmarsch, auf dem er geflohen war, nach Lübeck gelangt.<sup>4</sup> Ihm gelang es, eine Nutzungsgenehmigung für das Haus des ehemaligen Lübecker Gemeindevorsitzenden Henry Ruben, der in Theresienstadt ermordet worden war, zu erhalten, wo etwa 13 Überlebende gemeinsam lebten, von wo aus sich ein kleines Gemeindeleben entfaltete.

Die Bereitschaft, in Deutschland zu bleiben, war aber auch in der 1946 240 Juden zählenden Lübecker Gemeinde gering. Antisemitische Übergriffe und die Verwüstungen des Friedhofs taten ein Übriges. 1949 lebten nur noch 100 Juden in Lübeck. Wollheim selbst zählte zwar 1950 zu den Begründern des Zentralrats der Juden in Deutschland, emigrierte aber 1951 in die USA.<sup>5</sup> 1952 lebten noch 30 Juden in Lübeck.

Die Gesamtzahl der Juden in Schleswig-Holstein sank bis 1959 auf 115. 1960 schlossen sich die verbliebenen Juden zur „Jüdischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein“, zusammen, die 1961 88 Mitglieder hatte und von dem Kieler Heinz Salomon geleitet wurde. Als dieser 1968 aus gesundheitlichen Gründen sein

Amt niederlegte (Salomon starb 1969) trat der Rest der Gemeinschaft der Jüdischen Gemeinde Hamburg bei.<sup>6</sup>

Die Situation in Hamburg unterschied sich insofern grundlegend, als vor Kriegsende noch 647 Juden (in der NS-Definition) in Hamburg lebten. Die meisten von ihnen waren mit „Ariern“ verheiratet. Die Deportationen dieser Gruppe hatten erst im Herbst 1944 eingesetzt.<sup>7</sup> Die Zahl erhöhte sich bald nach Kriegsende, so dass im Mai/Juni 1945 etwa 7-800 Juden, die den Maßstäben des jüdischen Religionsgesetzes entsprachen, in Hamburg lebten. Am 8. Juli kam es zu einem ersten Treffen von 12 Mitgliedern der 1942 zwangsaufgelösten deutsch-israelitischen Gemeinde Hamburg und schließlich erfolgte am 18. September des Jahres die Neugründung der jüdischen Gemeinde mit 72 Personen.<sup>8</sup> Vorsitzender wurde Harry Goldstein, der zusammen mit David van Son am 8. Oktober 1945 durch die britische Besatzungsmacht zum Mitglied der Bürgerschaft ernannt wurde.

Bei der ersten Gemeinderatswahl am 24. April 1946 machten von den inzwischen 1.287 Mitgliedern der Gemeinde 833 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Eine Anerkennung als Körperschaft öffentlichen Rechts erfolgte per Gesetz am 8. November 1948.<sup>9</sup> Nach einer Stabilisierungsphase sank die Zahl der Mitglieder durch Emigration auf 1.044 im Jahr 1952. Dies war aber der absolute Tiefpunkt, in den folgenden Jahren stieg die Zahl auf über 1.300 Mitglieder, auch wenn hier durchgängig eine leichte Überalterung der Gemeinde konstatiert werden muss. Im Gegensatz zu Schleswig-Holstein konnte sich in Hamburg aber eine Gemeinde etablieren, deren Existenz durch Emigration niemals gefährdet wurde. Der hohe Anteil an Mischehen mag hierzu beigetragen haben.<sup>10</sup>

Damit war in Hamburg direkt nach 1945 eine Gemeinde entstanden, die als Akteur im öffentlichen Raum existierte und die oben skizzierten Funktionen einer Verfolgtenorganisation übernahm.

### **Jerusalemgemeinde**

Daneben nahm die judenchristlich geprägte Jerusalemgemeinde ihre – judenmissionarische – Arbeit wieder auf.<sup>11</sup> Die Jerusalemgemeinde gehörte zur Irisch-Presbyterianischen Kirche und war bis zu seiner Zwangsemigration vom 1859 geborenen Arnold Frank geleitet worden.

In den ersten Nachkriegsjahren war die Jerusalemgemeinde Empfänger sowohl von materieller Unterstützung von internationalen Judenmissionsvereinigungen, als sie auch deren Werbematerial verbreitete.<sup>12</sup> Besonders makaber war hier die aus den USA kommende „*Botschaft an die Überlebenden der großen Judenverfolgung*“. Hierin wurde die Shoa als Beleg für die Verwerfung des Volkes Israel interpretiert, also letztlich von Gott gewollt, und daraus abgeleitet die Juden zur Taufe aufgefordert. Dennoch war diese Haltung mit einem positiven Bezug auf den Zionismus verbunden. Als 1947 die Überlebenden der Exodus-Katastrophe<sup>13</sup> von den Briten in Lübeck interniert wurden, bat man Pastor Auerbach sich mit Hilfe seines Verfolgten-Ausweises Zutritt zum Internierungslager zu verschaffen, um Mission zu betreiben.<sup>14</sup>

Soweit ersichtlich war dieses Vorgehen vorrangig von ausländischen Judenmissionsvereinigungen initiiert. Die Jerusalemgemeinde und das dazugehörige Diakoniewerk kehrten nicht mehr zur Judenmission, wie sie vor der NS-Zeit betrieben worden war, zurück.<sup>15</sup>

## Die Notgemeinschaft der von Nürnberger Gesetzen Betroffenen

Als dritter Akteur schälte sich die Notgemeinschaft der von den Nürnberger Gesetzen Betroffenen als Vertretung hauptsächlich evangelischer Christen jüdischer Herkunft und ihrer Angehörigen heraus.<sup>16</sup>

Auch wenn die evangelischen Christen die Mehrheit der Notgemeinschaft stellten und eine Vielzahl der prägenden Personen der Notgemeinschaft kirchlich aktiv waren – im ersten Vorstand war der freikirchliche Pastor Erwin Horwitz<sup>17</sup> –, legte die Notgemeinschaft Wert darauf, keine religiöse Bindung zu propagieren oder von ihren Mitgliedern einzufordern.<sup>18</sup> Trotz zahlreicher personeller Überschneidungen betonte sie die inhaltliche Distanz zur Jerusalemgemeinde und lehnte die Judenmission scharf ab.

Die Notgemeinschaft konstituierte sich bereits im Mai 1945. Der Zeitpunkt der frühen Organisierung war zwei konkreten Problemen geschuldet:

1. Die Christen jüdischer Herkunft bzw. die „arischen“ Ehepartner von „Rassejuden“ hatten Schwierigkeiten bei der Anerkennung als Verfolgte des Nationalsozialismus.
2. Die zum Großteil erst kurz vor Kriegsende verschleppten „jüdischen“ Partner und Partnerinnen aus den so genannten privilegierten Mischehen befanden sich noch in Theresienstadt und konnten nicht aus eigener Initiative zurückkehren.

Dass sich hier so frühzeitig nach dem Kriegsende eine Gruppe als gemeinsame Interessenvertretung konstituieren konnte, lag vermutlich an einem erst jüngst vollzogenen Gruppenbildungsprozess.<sup>19</sup>

In einem Bericht der Notgemeinschaft vom April 1947 wurde die Größenordnung der Betreuung deutlich.<sup>20</sup> Danach lebten – nach NS-Definition – in Hamburg 550 Volljuden, die nicht der jüdischen Gemeinde angehörten, davon 330 Evangelische, 35 Katholiken und 185 mit nicht bekannter Konfession. Von

den von der Notgemeinschaft betreuten erklärten Christen waren 205 „Sternträger“.<sup>21</sup> Von den betreuten Volljuden waren 133 in einem KZ. Die Notgemeinschaft betreute zusätzlich rund 4.000 Mischlinge I. Grades, davon 2.225 Evangelische, 165 Katholiken und 1.610 unbekannter Konfession. Insgesamt waren zu dem Zeitpunkt bei der Notgemeinschaft rund 7.350 Erwachsene und rund 1.830 Kinder registriert, also insgesamt 9.160 Personen. Zum Vergleich: nach Schätzungen der britischen Besatzungsmacht lebten 1947 in Hamburg und Schleswig-Holstein 12.000 Christen jüdischer Herkunft.<sup>22</sup>

*„Durch die Arbeit der Jüdischen Gemeinde“, so der Bericht, „hat es sich herausgebildet, dass wir zur Hauptsache für Personen tätig sind, die nicht der Jüdischen Gemeinde angehören, also hier für die christlichen ehemals Rasseverfolgten.“<sup>23</sup>*

Zu ihrer Wahrnehmung des Antisemitismus schrieb die Notgemeinschaft:

*„Es ist sehr schwer, zu dieser Frage kurz Stellung zu nehmen. Genauso schwer dürfte es sein, ein objektives Urteil abzugeben. Die Äußerungen über die Frage nach einem vorhandenen Antisemitismus werden immer persönlich gefärbt sein. Wir haben festgestellt, dass durchaus in einem beträchtlichen Ausmaß noch sogenannte antisemitische Strömungen vorhanden sind. An der Beseitigung dieser Einstellungen mitzuarbeiten, ist eines unserer Ziele. In Einzelfällen ist durchaus Antisemitismus gegenüber sogenannten Volljuden und auch gegenüber Mischlingen zu bemerken. Dieser kann aber nach unseren Feststellungen nicht mit dem Antisemitismus der NS-Zeit identifiziert werden. Es dürfte zu wesentlichen Teilen der falschen Vorstellung entspringen, dass sehr viel davon geredet wird, dass die von den Nürnberger Gesetzen Betroffenen heute besondere Bevorzugung genießen. Wie wenig dieses tatsächlich der Fall ist, dürfte Ihnen bekannt sein. Wir glauben aber, dass eine wirksame Aufklärung*

*und vor allem eine wirksame Stellungnahme der Kirchen allmählich die schwankenden Gemüter zu einer Beruhigung bringen kann, sodass nur noch mit dem Antisemitismus der sogenannten Unverbesserlichen gerechnet werden kann. [...]“*

Die Betreuung in Wiedergutmachungsangelegenheiten durch die Notgemeinschaft hatte während der 50er Jahre neben der juristischen Funktion zunehmend eine Bedeutung im psychosozialen Bereich, da Antragstellende hier auf das Verständnis und die Empathie gleich Betroffener trafen. Hier konnte man sich über den Zynismus und die Ignoranz der Wiedergutmachungsämter beklagen. So schrieb eine Witwe über die Bearbeitung ihres Antrags 1956: *„Die Sache ist auf Grund einer wirklich mehr als eigenartig anmutenden Frage des Referenten „warum mein Mann umgebracht wurde“ auf einen hohen Punkt gekommen. Wenn es nicht so tieftraurig wäre, könnte man drüber lachen oder gibt es wirklich für jeden einzelnen der 6 Millionen Juden einen Grund für die Umbringung?!“*<sup>24</sup>

Im Folgenden konzentriere ich mich auf die **Perspektive der Hamburgischen Landeskirche bis Anfang der 1960er Jahre:**

Zum zehnten Jahrestag des Pogroms vom 9. November hielt der Hamburger Oberkirchenrat auf einer Gedenkveranstaltung eine Rede. Darin sagte er:

*„Die Evangelische Kirche, die damals in der Bekennenden Kirche, im Pfarrernotbund, in den einzelnen Pfarrern, die auch auf der Kanzel Protest erhoben und dafür ins Konzentrationslager gingen, in Kundgebungen von*

*führenden Männern der Kirche ihre Stimme gegen die Entrechtung und Vergewaltigung der Juden erhoben hat, stellt sich in den Kampf für den Schutz jeden Menschenlebens und seiner Menschenrechte.* <sup>25</sup>

Solch eine Selbstdeutung setzte eine beachtliche Verdrängungsleistung voraus, hatte Knolle doch 1933 vor der Synode begeistert den Nationalsozialismus begrüßt und zwar nachdem der Judenboykott am 1. April stattgefunden und der „Arierparagraph“ im Reich eingeführt worden war. <sup>26</sup>

In dieses Bild passt, dass man ein Gutachten, dass die EKD 1951 in Auftrag gegeben hatte, um herauszufinden, ob tatsächlich so viele Juden, wie von den Alliierten behauptet, ermordet worden waren, zur Verschlussache erklärte. Im Einklang mit der EKD leitete man das Gutachten (das die Zahlen des Völkermordes bestätigte) nur „streng vertraulich“ an die Mitglieder des Kirchenrates weiter mit der Begründung:

*„Wir halten es nicht für zutunlich, dieses Material einer breiten Öffentlichkeit zu übergeben, da hierdurch nur die bekannten Reaktionen mit Selbstrechtfertigung, Zweifel an der Zuverlässigkeit der Quellen und Aufrechnung mit eigenem Leid ausgelöst würden.“* <sup>27</sup>

Als Anfang Juli 1951 die Jüdische Gemeinde auf dem Jüdischen Friedhof in Hamburg-Ohlsdorf ein Mahnmal ihrer Toten errichtete, schrieb Schöffel auf die Einladung hin ein Grußwort. Darin hieß es:

*„Ich verstehe, dass die Jüdische Gemeinde in Trauer und Treue ihren 7000 Toten ein Ehrenmal setzt und ihrer in feierlicher Stunde vor Gott gedenkt, der in*



*Frieden und in Erlösung und in Seligkeit enden lassen kann, was Menschen mit nicht zu schildernder Rohheit und Grausamkeit getan haben. Ich bin mit meiner innigen Teilnahme bei Ihrer Feier.*“<sup>28</sup>

Er erkannte hier also den Mord als wahr an und ließ sein Schreiben in der Kirchenzeitung veröffentlichen. Dennoch liegt auch in diesem Vorgang eine gewisse Ambivalenz, da Schöffel nicht persönlich erschien. Hier liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen Schöffel und Knolle. Letzterer hatte bei der Gedenkfeier drei Jahre zuvor persönlich teilgenommen. Und Knolle war es auch, der sich der Kommunikation stellte. Gerade diese Begegnungen führten in den folgenden Jahren zu einem starken Wandel, dem sich auch Schöffel stellen musste. So ließ er am 11. März 1952 den Evangelischen Pressedienst mitteilen, dass er den Aufruf zu Ölbaumspende mit unterzeichnet habe und die Unterstützung der Landeskirche für die Aktion „*Friede mit Israel*“ zugesichert habe.<sup>29</sup>

Theodor Knolle beteiligte sich 1953 nicht nur als Referent an der Studientagung des Ausschusses für Dienst an Israel, er übernahm auch den Vorsitz des Ausschusses, als ihm Rengstorf diesen antrug und hatte ihn bis zu seinem Tod 1955 inne – in diesem Kontext stand das Gespräch mit dem Oberrabbiner Nordwestdeutschlands, Dr. P. Holzer aus Dortmund, zu dem er in sein Haus geladen hatte und über das der EPD am 2. Dezember 1954 berichtete: „*D. Knolle würdigte die geschichtliche Bedeutung dieses Gesprächs mit dem Oberrabbiner im Hause eines hamburgischen Hauptpastors, wie es in dieser Form seit den Tagen Lessings nicht stattgefunden habe.*“<sup>30</sup>

Als die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit ihrem Vorstandsmitglied in ihrem Miteilungsblatt zum 70. Geburtstag gratulierte, hob sie hervor, „*dass er auch in seiner Antrittspredigt als Landesbischof der*

*Verpflichtung aller Christen, unser Versagen den jüdischen Brüdern gegenüber wiedergutzumachen, beschwörend gedachte.* <sup>31</sup>

Exemplarisch für diese Wandlung Knolles sei aus seiner Predigt zitiert, die er 1955 zur Eröffnung der Studientagung zum Thema „*Der Nächste in christlicher und jüdischer Sicht*“ in Hildesheim hielt:

*„Und nun stelle ich die entscheidende Frage für diese Stunde und Zeit: Wer ist der Christenheit in Deutschland und aller Welt der Nächste, dem sie ihre von Gott gebotene und von der Liebe zu Ihm diktierte Liebe zuwenden muss? Es sind die Fremdlinge, die unter die Räuber und Mörder gefallen sind. Die Flüchtlinge z.B., die noch immer kein Heim und keine Heimat gefunden haben und als Fremde angesehen und von der brüderlichen Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Aber es sind vor allem auch die Juden, die als volksfremd und artfremd verfolgt, enteignet, ausgewiesen, gefangen gesetzt und zu Tode gehetzt sind in einem furchtbaren millionenfachen Leiden und Sterben. Es sind die Glieder des Volkes Israel, die unser Volk verklagen wegen dieser Blutschuld, und deren verbliebener kleiner Rest in von uns verschuldeter Entfremdung unter uns leben, wieder als Fremde, die ausgeschlossen sind, wieder in einem unsichtbaren Ghetto. Wehe uns, wenn sie nicht aus diesen Fremden zu den "Nächsten" würden, denen unsere unaufdringliche, aber gottverwurzelte Liebe gehört, jene Liebe, die nicht aus dem Besitzerstolz eines sich überlegen dünkenden Glaubens stammt, sondern aus der Demut der Schuld, die wir vor Gott haben, und aus der Kraft der Buße, die eine neue Weite christlicher Verantwortung in uns wirkt. Johann Hinrich Wichern hat vor mehr als hundert Jahren sein Werk der Erneuerung der Kirche mit folgender Erkenntnis begonnen: „Es ist hier eine gehäufte Schuld nicht der einzelnen, sondern der Gesamtheit, eine Schuld nicht bloß dieses Geschlechtes, sondern eine ererbte, die jetzt im neu anbrechenden*

*Zeitalter der Welt gesühnt werden soll. Diese Buße würde der Grenzstein zwischen der alten und neuen Zeit in unserer Kirche sein.*“<sup>32</sup>

Zwar bedürften die (deutschen) Flüchtlinge als Erste der Nächstenliebe, „*aber vor allem auch*“ die Juden. Hierbei benennt Knolle klar die Verbrechen an den Juden, aber nicht die Täter. Eindeutige – „*unsere*“ - Schuld ist aber die Ausgrenzung der Überlebenden im Nachkriegsdeutschland. Die von ihm geforderte Nächstenliebe gegenüber dem Judentum verbindet er mit einer klaren Absage zur offensiven Judenmission. Im Kontext seiner Predigt wurde das abschließend von ihm zitierte Wichernwort zur Forderung, die weit über den bis dahin geführten Schulddiskurs hinauswies.

Der von Knolle begonnene Diskurs brach mit seinem Tod im Dezember 1955 ab. Doch auch bei seinem Nachfolger Volkmar Hertrich lässt sich schon frühzeitig eine stärkere Sensibilität wahrnehmen. Dies zeigt sein Umgang mit Hans-Ludwig Wagner, einem getauften Juden aus Hamburg, der in der NS-Zeit Theologie studiert hatte.<sup>33</sup> Wagner hatte 1936 die Zulassung zur 1. Theologischen Prüfung in Hamburg beantragt. Diese hatte man ihm nicht gewährt, da er damit die automatische Berechtigung zum Vikariat, also Gemeindedienst, erworben hätte.<sup>34</sup> Wagner bot schließlich an, sich nach erfolgtem 1. Examen in die Äußere Mission zu begeben. In seinem zur Prüfungsakte eingereichten Lebenslauf schrieb er:

*„Den entscheidenden Anstoß zum Studium der Theologie empfang ich im Konfirmandenunterricht und durch die Bücher Albert Schweitzers, in denen er von seiner Tätigkeit als Pfarrer und Missionsarzt in Afrika erzählt. Vor Beginn meines Studiums hat mir daher auch als Ziel dieses Studiums eine Tätigkeit auf dem Missionsfeld vorgeschwebt. Im Verlaufe des Studiums dann schien mir der*

*missionarische Einsatz in Deutschland ebenso wichtig. Nun aber sehe ich mich nach Lage der Dinge wieder aufs Missionsfeld hingewiesen.* „<sup>35</sup>

Darauf war Wagner zugelassen worden und verließ danach Deutschland.<sup>36</sup> Das Unrecht hatte ihm das Leben gerettet. 1952 beantragte er von den USA aus, wo er sich inzwischen promoviert hatte und Pfarrer der lutherischen Kirche geworden war, die Wiederaufnahme auf die Kandidatenliste, die ihn berechtigt hätte, eine Pastorenstelle der hamburgischen Landeskirche einzunehmen.<sup>37</sup> Ihm war hierauf von Schöffel mitgeteilt worden, es müsse erst ein theologisches Gutachten eingeholt werden. Nachdem Wagner ein Jahr nichts gehört hatte, wandte er sich am 13. August 1953 an Hertrich.

Hertrich fragte darauf, ob er ihn in den USA besuchen könne und lud ihn nach Hamburg ein:

*„Aber auf jeden Fall sollen Sie wissen, dass alles geschehen wird, was Ihnen nur allzu berechtigten Wünschen Rechnung trägt. [...] Sie dürfen gewiss sein, dass wir alles tun werden, um Ihnen den Weg in jede mögliche Entscheidung zu ebnen. [...] Wir stellen Ihnen für die Überfahrt und den Aufenthalt einen Betrag von DM 3.000,- zur Verfügung. [...] Ich möchte Ihnen sagen, dass wir uns von Herzen auf Ihr Kommen freuen.“*<sup>38</sup>

Wagner besuchte Hamburg und entschied sich gegen eine Remigration. Hertrich aber blieb er freundschaftlich verbunden.<sup>39</sup> 1979 remigrierte Wagner als beurlaubter Pastor der United Lutheran Church of America nach Deutschland und war per Dienstvertrag als Pfarrer für die Ev.-Luth. Kirche in Bayern tätig, von 1981 bis zu seiner Emeritierung am 31. Dezember 1984 als Pfarrer an der

Versöhnungskirche der KZ-Gedenkstätte Dachau. Danach kehrte Wagner in die USA zurück, wo er 1993 starb.<sup>40</sup>

Die veränderte Haltung insbesondere der führenden Theologen bedeutete aber keine Wandlung der gesamten Landeskirche. Immerhin aber erfasste der folgende Wechsel im Bischofsamt nicht alle Veränderungen. Dies ist insofern bemerkenswert, als Bischof Witte, der nach Hertrichs Tod ins Amt folgte, im Verhältnis zum Judentum eine Haltung vertrat, die der schleswig-holsteinischen Landeskirche entsprach, und damit einen erheblichen Rückschritt bedeutete.

Zur Jahreswende 1959/60 kam es in Deutschland zu einer Welle von antisemitischen Schmierereien, die sowohl zum internationalen Skandal wurden als auch in Deutschland über mehrere Wochen Thema der Medien waren.

Auslöser war die Einweihung der Neuen Synagoge in Köln, die unmittelbar nach der Eröffnung, über die breiter berichtet wurde, mit antisemitischen Parolen beschmiert worden war. Diese Tat und die anschließende Medienberichterstattung lösten eine Vielzahl von Folgetaten in ganz Deutschland aus.<sup>41</sup> In Hamburg und Schleswig-Holstein kam es zu keinen Taten, was aber möglicherweise mit fehlenden öffentlich bekannten Zielen zusammenhängen könnte – Die neue Synagoge in Hamburg war noch nicht eröffnet worden. In der öffentlichen Debatte reagierte die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) mit der Erklärung „*Nicht länger schweigen*“.<sup>42</sup>

Witte hingegen schwieg hier, umso wortreicher war er seinem Amtskollegen Halfmann gegenüber, dem er zu den Angriffen auf dessen Judenschrift von 1936 kondolierte:

*„Ich habe die Schrift über Sie und die Juden gelesen. Wie tun Sie mir leid! Dass man sich mit solchen Dingen abplagen muss! Die Presse ist doch eine gierige Meute und das Wort vom Rufmord leider nur zu wahr. [...] Ich wollte Ihnen nur sagen, dass ich teilnehmend Ihrer gedenke und hoffe, dass bald wieder Ruhe eintritt. Mit sehr herzlichem Gruß Ihr Witte“.*<sup>43</sup>

In einem Antwortschreiben vom 11. März 1960 auf Halfmanns Erwiderung offenbarte er seine Haltung angesichts der öffentlichen Auseinandersetzung um die antisemitischen Vorfälle zum Jahreswechsel:

*„So stehe auch ich der Christlich-Jüdischen Vereinigung zwar freundlich, aber eben mit einer gewissen theologischen Reserve gegenüber. Als mich neulich der Hamburger Vorsitzende dieser Vereinigung fragte, ob ich zu einem Gespräch mit dem Hamburger Oberrabbiner bereit sei, habe ich bescheiden zurück gefragt, mit welcher Richtung ich es denn zu tun bekäme, ob mit den Orthodoxen oder mit den Liberalen, und darauf wusste mir der Betreffende keine Antwort zu geben. Mit den orthodoxen Juden habe ich immer in bester Fühlung gestanden. Hoffentlich klingt die Sache bald ab, damit Sie wieder Ruhe haben.“*<sup>44</sup>

Mit dieser Haltung war aber Witte innerhalb der Landeskirche in der Minderheitenposition. Im Gegensatz zur schleswig-holsteinischen „Kirche der Heimat“ berichtete die „Kirche in Hamburg“ ausführlich zu den antisemitischen Übergriffen und teilte die Reserve gegenüber der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit nicht: Am 31. Januar brachte die Kirche in Hamburg ein ausführliches Interview mit dem Vorsitzenden der Gesellschaft, dem – evangelischen – Theologieprofessor Hans-Joachim Kraus über eine Sonderberatung des Aktionsausschusses der 27 Gesellschaften für christlich-

jüdische Zusammenarbeit, bei der u.a. ein Verbot neonazistischer Parteien und eine aktive Bekämpfung des Antisemitismus sowie eine offene selbstkritische Aufarbeitung der NS-Verbrechen gefordert worden war. Vor allem aber forderten die Gesellschaften, die Ängste der jüdischen Minderheit ernst zu nehmen.<sup>45</sup> Eine Ausgabe später folgte unter der Überschrift „*Ein Volk muss nachsitzen*“ ein Artikel über die Notwendigkeit zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit.<sup>46</sup> Dieser wurde ergänzt mit einer Fotoreportage über eine Kundgebung „*gegen die antisemitischen Ausschreitungen und Neofaschismus*“ des Hamburger Jugendrings vor dem Ehrenmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Ohlsdorf, an der 8.000 Jugendliche teilgenommen hatten. Zur Woche der Brüderlichkeit füllte ein Essay über eine christlich-jüdische Begegnung während des Völkermords 1944 mit den Veranstaltungsankündigungen der Gesellschaft die ersten beiden Seiten der Kirchenzeitung.<sup>47</sup>

Wie weitgehend die christlich-jüdische Annäherung gediehen war, zeigte sich im Herbst bei der Einweihung der neuen Synagoge, an der Senior Hauptpastor Dr. Wölber und der Synodenpräsident teilnahmen und eine Spende von 5.000,- DM von der Landeskirche für die jüdische Gemeindepflege übergaben. Wölber erklärte hierzu, man wolle damit „*zeichenhaft zum Ausdruck bringen, dass wir uns freuen, wenn Sie in der Freiheit des Glaubens, die unser Gemeinwesen uns allen gewährt, Ihren Dienst am Menschen als unsere Mitbürger tun nach dunklen Tagen, die uns eine Gewissenslast sind.*“<sup>48</sup>

Nach der Teilnahme Wölbers am Einweihungsgottesdienst der neuen Synagoge wurde allerdings im Kirchenrat „*die Frage nach der Zulässigkeit und Form der Teilnahme an derartigen kultischen Handlungen aufgeworfen*“ und eine Klärung durch die Vereinigte Ev.-luth. Kirche Deutschlands (VELKD) in Auftrag gegeben.<sup>49</sup> Hier meldete sich noch einmal die Minderheit unter Witte zu Wort.

Der danach erfolgte Diskussionsprozess führte zu einer (formalen) Akzeptanz des Judentums und Anfang 1961 wurden die Geistlichen der Landeskirche offiziell zu zwei Synagogengottesdiensten eingeladen, an denen der Landesrabbiner im Anschluss für Gespräche zur Verfügung stand. „*Diese Begegnung mit der jüdischen Gemeinde hier in Hamburg*“, so das Einladungsschreiben, „*könnte vielleicht auch ein kleines Zeichen unseres Betroffenseins von dem Schicksal der jüdischen Menschen werden.*“<sup>50</sup>

<sup>1</sup> S. den Überblick Ursula Büttner, Not nach der Befreiung. Die Situation der deutschen Juden in der britischen Besatzungszone 1945-1948. In: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. 2. Hamburg 1986, S. 373-406.

<sup>2</sup> S. Jochims-Bozic, S. 56f., vergl. Goldberg, S. 698.

<sup>3</sup> S. Buss, „Entjudete Kirche“, S. 361.

<sup>4</sup> S. Bettina Goldberg, Abseits der Metropolen. Die jüdische Minderheit in Schleswig-Holstein 1918-1945. Neumünster 2011, S. 699.

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> Goldberg, Metropolen, S. 710.

<sup>7</sup> Die Zahl stammt von einer Aufstellung der Gestapo vom 30.4.1945. S. Lorenz, Gehen oder bleiben, S. 10. Untergetauchte sind hier also nicht berücksichtigt.

<sup>8</sup> Vergl. Lorenz, Gehen oder bleiben, hier insb. S. 12 und 22.

<sup>9</sup> Lorenz, Gehen oder bleiben, S. 27.

<sup>10</sup> S. Lorenz, Gehen oder bleiben, bzw. Ina Lorenz, Jüdische Gemeinde (1945-1989) in: Institut für die Geschichte der deutschen Juden (Hrsg.), das jüdische Hamburg. Im Internet unter: <http://www.dasjuedischehamburg.de/inhalt/juedische-gemeinde-1945-1989> (19.5.2011).

<sup>11</sup> S. hierzu Linck, Ausstellungstexte, S. 70f., sowie die eher kursorisch gehaltene Festschrift von Harald Jenner, 150 Jahre Jerusalem-Arbeit in Hamburg. Jerusalem-Gemeinde. Diakoniewerk Jerusalem, Hamburg 2003.

<sup>12</sup> Vergl. abweichend Strübel, Continuity, S. 67ff.

<sup>13</sup> Die Exodus war ein jüdisches Auswandererschiff, auf dem Überlebende des Völkermords versuchten nach Palästina auszuwandern. Dies wurde von der britischen Mandatsmacht verhindert und die Flüchtlinge ausgerechnet nach Deutschland zwangsverbracht und unter strenger Bewachung in Lübeck-Pöppendorf interniert. S. u.a. Günther Schwarberg, Die letzte Fahrt der Exodus, Göttingen 1988 und allgemein: Sigrun Jochims-Bozic, „Lübeck ist nur ein kurzer Weg auf dem jüdischen Wanderweg“. Jüdisches Leben in Schleswig-Holstein 1945-1950, Berlin 2004.

<sup>14</sup> So schrieb P. Weber. an Prof. Rengstorf am 13.10.1947: „*Pastor Auerbach, mit dem ich gestern auf einer Veranstaltung eines "Freundeskreises rasseverfolgter Christen" zusammen war, hat bis jetzt in der Frage, ob man in die Lager der Exodusflüchtlinge hineinkommen kann, aus Lübeck noch keine Antwort erhalten.*“ Korrespondenz Weber, Jerusalem-KGA.

<sup>15</sup> Vergl. hierzu auch Jenner, 150 Jahre, S. 147-158, insb. 157f.

<sup>16</sup> Vergl. Schmid, „Wiedergutmachung“ und Erinnerung, sowie Hermle, Kirche und Judentum, S. 182ff.

<sup>17</sup> S. Beate Meyer, „Jüdische Mischlinge“ Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933-1945, Hamburg 1999, S. 359. Zu Horwitz s. Linck, Judenhass und Judenmission.

<sup>18</sup> FZH 18.1 Notgemeinschaft, Nr. 6.1.1.

<sup>19</sup> Vergl. Beate Meyer, „Jüdische Mischlinge“, S. 359f.

<sup>20</sup> Schreiben der Notgemeinschaft vom 28.4.1947 an P. Weber Archiv der Jerusalemgemeinde. Akte Korrespondenz P. Weber, Nr. 1 A I.

<sup>21</sup> Die in privilegierter Mischehe lebenden jüdischen Ehepartner waren von der Pflicht zum Tragen eines Judensterns befreit.

<sup>22</sup> Schreiben der Militärregierung an die Landeskirche Hamburg vom 7.3.1947. LKAK, 32.01, Nr. 2098, Bl. 66.

<sup>23</sup> Schreiben der Notgemeinschaft vom 28.4.1947 an P. Weber Archiv der Jerusalemgemeinde. Akte Korrespondenz P. Weber, Nr. 1 A I.



- <sup>24</sup> Schreiben Margrete Ch. an die Notgemeinschaft vom 1.9.1956 über ihre Wiedergutmachungsverhandlungen mit den Behörden. FZH 18.1 Notgemeinschaft, Nr. 79. Unterstreichung im Original.
- <sup>25</sup> Mitteilungsblatt der Notgemeinschaft der von den Nürnberger Gesetzen Betroffenen Nr. 10, Dezember 1948.
- <sup>26</sup> Vergl. Stephan Linck, Hoffnung Kirche, in: Rita Bake (Bearb.), Wie wird es weitergehen... Zeitungsartikel und Notizen aus den Jahren 1933 und 1934 gesammelt und aufgeschrieben von Elisabeth Flüge, Hamburg 2001, S. 17-24., hier: S. 20 f.
- <sup>27</sup> Akte Betreuung an Judenchristen, LKAK, 32.01, Nr. 4146. Vergl. hierzu Linck, Rückblick und Ausblick aus der Sicht des Historikers, in: Buss u.a. (Hrsg.), Chronik, S. 336-339, hier: S. 338f.
- <sup>28</sup> *Der Hamburger Landesbischof grüßt die Jüdische Gemeinde*. Die Heimat. Evangelisch-Lutherisches Gemeindeblatt in Hamburg Nr. 14, 2. Juli-Ausgabe 1951
- <sup>29</sup> Zitiert nach Lüth, Die Friedensbitte an Israel 1951, S. 140.
- <sup>30</sup> Zu diesem Zeitpunkt war Theodor Knolle bereits zum Nachfolger Simon Schöffels als Hamburgischer Landesbischof gewählt. Jüdische Gemeinde und Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V. in Hamburg, LKAK 32.01, Nr. 4622.
- <sup>31</sup> 13.48, Nr. 5: Gratulation an Knolle zum 70. in Friede mit Israel, Mitteilungsblatt der GfCJZ Nr. 22/23, Juni/Juli 1955, S. 12.
- <sup>32</sup> Predigt zum Festgottesdienst der 7. Studientagung des Ausschusses für Dienst an Israel am 11. März 1955 in der Hildesheimer Michaeliskirche. Nachlass Knolle, LKAK 98.011, Nr. 76.
- <sup>33</sup> S. hierzu: Linck, Judenhass und Judenmission sowie Björn Mensing: Als 'bewahrter Betroffener' in der KZ-Gedenkstätte Dachau. Vor 30 Jahren kam Pfarrer Hans-Ludwig Wagner an die Versöhnungskirche. Aus: Nachrichten der Ev.-Luth. Kirche in Bayern, 65. Jg., Nr. 11, November 2010.
- <sup>34</sup> Schreiben vom 19.9.1936, LKAK, 32.01, Nr. 707, Bl. 373.
- <sup>35</sup> Lebenslauf von Hans-Ludwig Wagner, Hudtwalkertwiete 7 I, Hamburg 39, vom 10.3.1937. Kandidatenakte Wagner, Hans- (Johann) Ludwig, Dr. theol., LKAK, 32.03.01, Nr. 1052.
- <sup>36</sup> Vergl. Hierzu auch LKAK, 11.02, Nr. 847.
- <sup>37</sup> Wagner hatte dies am 24.5.1952 in einem Schreiben an Landesbischof Schöffel beantragt. S. Schriftwechsel Wagners mit Hertrich, LKAK, Nachlass Hertrich, Nr. 54.
- <sup>38</sup> Antwort Hertrichs an Wagner vom 19.9.1953. LKAK, 98.007 Nachlass Hertrich, Nr. 54.
- <sup>39</sup> Dies belegt ein Briefwechsel des inzwischen zum Bischof avancierten Hertrich mit Wagner von 1957. LKAK, 11.02., Nr. 1588.
- <sup>40</sup> S. LKAK, Dokumentation 94 und Mensing, Wagner.
- <sup>41</sup> Vergl. u.a. Wolfgang Kraushaar, Die Protestchronik, Hamburg 1996, S. 2347-2351.
- <sup>42</sup> Die Erklärung wurde in der 1. Februar-Ausgabe von Kirche der Heimat (Nr. 3/1960) auf Seite 1 unter der Überschrift „Nicht länger schweigen. Vereinigte Lutherische Kirche zu den antisemitischen Vorfällen“ abgedruckt.
- <sup>43</sup> Schreiben Bischof Witte vom 2.3.1960 an Bischof Halfmann. LKAK 20.01, Nr. 660.
- <sup>44</sup> Schreiben Witte an Halfmann vom 11.3.1960, LKAK, 20.01, Nr. 660.
- <sup>45</sup> Die Kirche in Hamburg, Nr. 5 vom 31.1.1960: S. 2. Interview und Bericht standen unter der Überschrift: „Müssen sie wieder wandern?“
- <sup>46</sup> Kirche in Hamburg, Nr. 6 vom 7.2.1960. S. 10. Bischof Halfmann aus Schleswig-Holstein tadelte umgehend mit Schreiben vom 5.2.1960 über die „politische Entgleisung und Beleidigung hoher Amtsträger der Bundesrepublik und machte hiervon Bundesminister Oberländer am selben Tag Mitteilung, LKAK, 20.01, Nr. 660.
- <sup>47</sup> Kirche in Hamburg, Nr. 11 vom 13.3.1960, S.1f.: Zur Woche der Brüderlichkeit. Begegnung in Ungarn. Von Albrecht Goes.
- <sup>48</sup> Kirche in Hamburg, Nr. 37 vom 11.9.1960, S. 2: „Spende der Hamburgischen Kirche für die jüdische Gemeindepflege“.
- <sup>49</sup> Niederschrift der 27. Sitzung des Landeskirchenrates vom 5.9.1960. LKAK, 32.03.01, Nr. 107.
- <sup>50</sup> Jüdische Gemeinde und Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V. in Hamburg, LKAK 32.01, Nr. 4622.